Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 68 (1976)

Heft: 3

Artikel: Wie tief reichen die Ursachen der gegenwärtigen Krise?

Autor: Aeschbach, Karl

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-354792

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Wie tief reichen die Ursachen der gegenwärtigen Krise?

Karl Aeschbach

Die gegenwärtige Wirtschaftskrise, die seit Mitte 1974 auch die Schweiz erfasst hat, erweist sich als die schwerste Krise der Nachkriegszeit. Längst ist jenes Mass überschritten, das einer blossen Beschneidung des wildwuchernden Wachstums entsprach und das auch von vielen Arbeitnehmern als eine notwendige Korrektur begrüsst wurde. Aus der «Gesundschrumpfung» wurde eine Rezession, und auch dieser Ausdruck erweist sich je länger, desto mehr als eine Beschönigung der Wirklichkeit. In Wirklichkeit haben wir es mit einer Wirtschaftskrise zu tun, die weltweiten Charakter und Umfang hat und die alle kapitalistischen Industrienationen stark im Mitleidenschaft zieht.
Auf diese Krise waren weder die Arbeitnehmer noch ihre Organisationen wirklich vorbereitet. Nicht zufällig haben auch die den Gewerkschaften nahestehenden Ökonomen ihre Voraussagen über den Wiederaufstieg mehrmals revidieren müssen, fiel es doch bisher offensichtlich schwer, das Ausmass und die Tiefe der Krise wirklich zu erkennen. Die bisherigen Versuche, die Krise zu erklären und Prognosen über ihre Überwindung aufzustellen, hielten sich in einem begrenzten Betrachtungsrahmen. Als Ursachen der internationalen Ausbreitung der Krise wurden bisher in erster Linie die Erdölkrise vom Herbst 1973 und die dadurch ausgelöste Inflationswelle in den Industrieländern sowie die Währungskrise (Zerfall des Dollars als Leitwährung) genannt. Nun ist eine Krise aber nichts anderes als ein Krankheitszeichen, und es bleibt somit die Frage zu stellen, ob nicht die erwähnten Teilkrisen als Symptome tiefer liegender Ursachen zu interpretieren sind. Mit dem vorliegenden Artikel soll der Versuch gewagt werden, die gegenwärtige Wirtschaftskrise in einen erweiterten historischen Betrachtungsrahmen hineinzustellen, in welchem die Öl- und Währungskrisen nicht als eigentliche Ursachen, sondern nur als Symptome einer tiefgreifenden und umfassenden neuen Weltwirtschaftskrise erscheinen.

Globale Ungleichgewichte als eigentliche Ursache

Nach der These, die hier verfochten werden soll, liegen die eigentlichen tieferen Ursachen der gegenwärtigen Krise in den erschreckenden wirtschaftlichen und politischen Ungleichgewichten, die in unserer Welt vorhanden sind und dringend nach Reformen rufen. Diese Ungleichgewichte sind die Folge einer zum Teil jahrhundertelangen, im wesentlichen aber mehr als hundertjährigen Kolonisation und imperialistischen Ausbeutung der Länder der heutigen «Dritten

Welt» durch die kapitalistischen Industrienationen. Diese brachten zwar einzelne Elemente des zivilisatorischen Fortschritts in die von ihnen beherrschten Länder, so unter anderem medizinische Fortschritte, die ein enormes Bevölkerungswachstum auslösten. Zwar haben auch die heutigen Industrienationen vor etwa 150 Jahren eine ähnliche Entwicklungsphase durchlaufen, aber gepaart mit einem wirtschaftlichen Aufstieg durch die Industrialisierung, der ihnen die Lösung der sozialen Massenprobleme erleichterte. Die gleichen Industrieländer aber verhinderten als kolonisatorische «Mutterländer» bewusst eine industrielle Entwicklung ihrer Kolonien, so dass sich heute die sogenannten «unterentwickelten Länder» mit Hunger und Unterernährung von Hunderten von Millionen Menschen und mit einer geradezu unvorstellbaren Massenarbeitslosigkeit konfrontiert sehen, ohne über ausreichende eigenständige Mittel zur Lösung der Probleme zu verfügen. Dies ist das wirkliche menschliche Drama unserer Zeit, der wirkliche Hintergrund, vor dem wir die Probleme der gegenwärtigen Wirtschaftskrise analysieren sollten. In dieser historischen Perspektive betrachtet erscheinen die Öl- und Währungskrisen der letzten Jahre nur als der Beginn einer entscheidenden Transformationsphase für die gesamte industrialisierte Welt – sowohl für die kapitalistische des Westens wie für die staatskapitalistische des Ostens. Die nun eingeleitete Transformationsphase wird zu einer grundlegenden Verschiebung der wirtschaftlichen und politischen Machtverhältnisse in der Welt und auch zu einer «Umwertung der Werte» führen. Die entscheidende Frage besteht darin, ob es am Ende dieser Transformationsphase zu einem neuen globalen Gleichgewicht auf allen Gebieten (politisch, wirtschaftlich, ökologisch) kommen wird, oder ob neue Krisen, Kriege und Revolten unsere Welt erschüttern und möglicherweise in ihrer Existenz bedrohen werden.

Die gegenwärtige Krise muss damit auch zu einem Wendepunkt in unserem weltpolitischen Verständnis führen. Der ideologische West-Ost-Konflikt, der die ganze Nachkriegszeit überschattete, hat bereits zu lange die viel wesentlichere und tiefgreifendere Bedeutung des heute offensichtlich werdenden Nord-Süd-Konfliktes zwischen den reichen und armen Ländern dieser Welt verdeckt. Mit der west-östlichen Entspannung einerseits und dem nun offiziell aufgenommenen weltwirtschaftlichen Nord-Süd-Dialog andererseits wird es endgültig Zeit, das Bühnenbild des Welttheaters, wie wir es zu sehen gewohnt sind, auszutauschen.

Dazu kommt, dass Grenzen des Wachstums in Sicht gekommen sind, die von der Natur gesetzt und dem Zugriff des Menschen entzogen sind. Die ernsthaften Studien der Wissenschafter des «Club of Rome» über die Begrenzheit der Rohstoffe unserer Welt können nicht mehr übersehen werden. Sie zeigen auf, dass dem industriellen Wirtschaften auf unserem Planeten objektive Grenzen gesetzt sind,

die bei manchen Rohstoffen schon sehr bald erreicht sein werden. Hier werden somit Grenzen erkennbar, die nicht mehr machtpolitisch beeinflussbar sind, sondern die uns zu einem Umdenken im globalen Rahmen zwingen, zur Suche nach neuen Formen des Gleichgewichts, wenn die Menschheit nicht an den Folgen ihres eigenen wirtschaftlichen Tuns zugrunde gehen soll.

Mehr als nur eine Wachstumskrise

Nach der liberalen Wirtschaftstheorie ist der Kapitalismus jene Produktionsweise, welche die menschlichen Bedürfnisse am besten befriedigt und gleichzeitig einen ständig wachsenden Wohlstand aller Bevölkerungsschichten herbeiführt. Krisen sind nach dieser Theorie blosse Wachstumsstörungen, die mit geeigneten konjunkturpolitischen Massnahmen zu beheben sind. Diese Betrachtungsweise beruht jedoch auf der stillschweigenden Voraussetzung, dass ein ständiges Wirtschaftswachstum nicht nur das erstrebenswerte Ziel darstellt, sondern sich auch trotz gelegentlicher rezessiver Unterbrüche dauernd verwirklichen lässt.
Nach der marxistisch orientierten Wirtschaftstheorie steht im Mittelpunkt der kapitalistischen Produktionsweise nicht die Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse, sondern die Ausbeutung von Menschen und Rohstoffen zur Erzielung maximaler Profite. Aus dem Zwang zur Erhaltung, ja zur möglichsten Steigerung der Gewinne ergibt sich ein ständiger Zwang zur Ausweitung der Produktion und zur Sicherung wachsender Absatzmärkte. Der Kapitalismus ist eine expansive Produktionsweise, die stets dann in Krisen gerät, wenn der äusseren Expansion Grenzen gesetzt werden und dadurch eine Überproduktionskrise eintritt.

Die marxistische Theorie analysiert zwar den Zwang zum Wachstum als Krisenursache, ohne aber bisher die Grenzen des Wachstums definieren zu können. So blieb in der Theorie die Voraussage aufrechterhalten, der Kapitalismus werde auf Grund seines Expansionsdranges in immer tiefere Krisen stürzen, doch haben in der Praxis die kommunistischen Industrienationen Osteuropas eine Form des Staatskapitalismus etabliert, die aus machtpolitischen Gründen in noch verstärktem Masse die Ziele des industriellen wirtschaftlichen Wachstums verfolgt. Deshalb sind auch diese Länder, die sich nach ihrer offiziellen Theorie als krisenfrei bezeichnen, von der gegenwärtigen weltwirtschaftlichen Krise mitbetroffen.

Was aber ist nun die Natur der gegenwärtigen Krise? Ist sie nur eine vorübergehende Krise des Wachstums, das sich nach einer kürzeren oder längeren Übergangsdauer wieder einstellen wird, oder weist sie qualitativ neue Elemente auf, die den Übergang zu einer neuen Wirtschaftsordnung erzwingen?

Die erste Auffassung wird von der Wirtschaftswissenschaft auch in unserem Lande vertreten und mit einer Reihe von Indizien untermauert. Man weist darauf hin, dass eine erpresserische Preispolitik wie im Falle des Erdöls bei anderen Rohstoffen kaum wiederholbar sei, da dort nicht dieselbe Bildung eines homogenen Kartells der Rohstoffländer möglich sei. Was das Erdöl selbst betrifft, so haben die Industrieländer durch die Gründung der Internationalen Energieagentur Gegenmassnahmen vorbereitet. Zudem wird darauf hingewiesen, dass die Ölländer gar nicht in der Lage seien, ihre grösseren Einnahmen sofort nutzbringend zu verwenden. Der grösste Teil dieser Gelder fliesse daher in die Industrieländer zurück, teils in Form von Kapitalanlagen, teils zur Finanzierung von Investitionen, die wiederum den Export begünstigen. Nach dieser Ansicht stellt die gegenwärtige Krise im wesentlichen nur einen bedauerlichen Unfall dar, welcher der Politik einiger arabischer Potentaten zuzuschreiben ist. Die Folgen des Unfalls können jedoch durch die Integration der zu neuer wirtschaftlicher und politischer Macht aufgestiegenen Ölländer in den Klub der Reichen überwunden werden, ohne dass im übrigen die weltpolitischen Machtverhältnisse grundlegend erschüttert werden.
Eine solche Betrachtungsweise greift jedoch unseres Erachtens zu kurz. Sie interpretiert die bisherigen Teilkrisen als isolierte Ereignisse, statt als Bestandteile eines grösseren historischen Prozesses, und sie setzt überdies die ökologischen Grenzen des Wachstums nicht in Rechnung. Eine andere Betrachtungsweise stellt sich dann ein, wenn wir versuchen, die aktuelle Entwicklungsphase nicht isoliert und als rein wirtschaftliches Problem zu sehen, sondern sie in ihrem historischen Rahmen zu untersuchen.

Der Expansionsdrang löst Kriege und Krisen aus

Die industrielle Revolution des 19. Jahrhunderts schuf mit ihrem wissenschaftlich-technischen Fortschritt die Grundlagen zum exponentiellen Wachstum von Bevölkerung und Produktion. Dies bedeutete einen grundlegenden Wandel in allen Lebensbereichen, nämlich den Übergang von einer statischen Gesellschaft mit nur langsam wachsender Bevölkerung und Wirtschaft zu einer dynamischen Gesellschaft mit Steigerungsraten, die eine Verdoppelung in immer kürzeren Abständen nach sich ziehen.
Während die europäischen Industrienationen ihr Bevölkerungswachstum nach einigen Jahrzehnten in ein neues Gleichgewicht brachten, strebten sie in ihrer Industrieproduktion weiterhin nach einer stetigen Ausweitung. Diese Expansion wurde einerseits durch die Anhebung der Kaufkraft der breiten Schichten in den eigenen Ländern, andererseits durch die Schaffung grosser Kolonialreiche durch die führenden europäischen Industrienationen ermöglicht.

Auch Deutschland, das seinen Expansionsdrang vorerst nach Osteuropa richtete, stieg im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts noch in das Rennen um die letzten afrikanischen Kolonien ein. Es war dieses Ringen um die Vorherrschaft in Europa und damit in der Welt, das schliesslich den Ersten Weltkrieg mit seinen tiefgreifenden Folgen auslöste. Dieser Krieg, der länger dauerte und grössere Opfer forderte als je ein Krieg zuvor, erschütterte das Vertrauen der europäischen Völker in die kapitalistische Entwicklung tief und hatte auch grundlegende gesellschaftliche Umwälzungen (russische Revolution, Sturz der übrigen absolutistischen Regimes) zur Folge.
Dem bis dahin mehr oder weniger ungebrochenen kapitalistischen Wachstum folgte nun eine Phase der Stagnation. In den europäischen kriegführenden Ländern war die Produktion stark zurückgegangen, und sie vermochten sich von diesem Rückschlag bis zur grossen Krise von 1929 nicht zu erholen. Gleichzeitig wurden zwei Faktoren wirksam, die einen Stopp der bisherigen Expansion zur Folge hatten. Einerseits fand die europäische Expansion in die Kolonien ihr Ende und der Handel mit diesen Gebieten stagnierte. Die «Mutterländer» hatten in erster Linie die Rohstoffe der Kolonien ausgebeutet, aber deren industrielle Entwicklung verhindert. So konnten sich nicht jene neuen Märkte bilden, die damals unentbehrlich gewesen wären. Andrerseits wurde in der Erschliessung des nordamerikanischen Kontinents zur selben Zeit die «innere Grenze» erreicht, und eine wesentliche Wachstumsphase abgeschlossen.
Die wirtschaftliche Stagnation trat dadurch in Erscheinung, dass es in den zwanziger Jahren erstmals ständige Arbeitslosenheere gab, die nach Millionen zählten. In der Weltwirtschaftskrise der dreissiger Jahre kamen dann die damaligen Wachstumsgrenzen zu ihrer vollen Auswirkung. Die im Ersten Weltkrieg und in der Weltwirtschaftskrise zutage getretenen Probleme wurden jedoch nie wirklich gelöst. Statt dessen stieg in Deutschland als Folge der wirtschaftlichen und politischen Zerrüttung der Nationalsozialismus zur Macht empor, der eine neue, brutalere Form des Imperialismus darstellte. Eine nationalistisch und rassistisch gefärbte Ideologie diente nun als Rechtfertigung zur gewaltsamen Ausdehnung des deutschen «Lebensraumes» nach Osten. So war es abermals der ungezäumte Expansionsdrang der führenden kapitalistischen Nation Europas, der zum Kriege führte.
Die Folgen waren noch verheerender und tiefgreifender als nach dem Ersten Weltkrieg. Nicht nur setzte sich der weltpolitische Abstieg Europas fort, während neben den USA die Sowjetunion und China als Supermächte aufstiegen. Diesmal waren auch viele kolonialisierte Völker selber in den Strudel des Krieges hineingezogen worden und entwickelten dadurch ein neues Bewusstsein. An vielen Orten führte der Kampf gegen die faschistischen Mächte direkt oder indirekt zum nationalen Befreiungskampf. Soweit die euro-

päischen Länder nach dem Krieg nicht freiwillig zur Dekolonisation schritten, wurden sie von den erwachenden Völkern der Dritten Welt mit der Waffe in der Hand dazu gezwungen. Am klarsten führte der dreissigjährige Kampf in Vietnam gegen die wechselnde Fremdherrschaft der ganzen Welt vor Augen, dass nicht nur die direkte kolonialistische Expansion, sondern auch die in der Nachkriegszeit unter dem militärischen Schirm Amerikas ausgeübte neokolonialistische Herrschaft ihre endgültigen Grenzen gefunden haben.

Die weitere Verschärfung des globalen Ungleichgewichts

Auf diesem – hier nur stark verkürzt angedeuteten – historischen Hintergrund stellt sich nun die Frage, welche Faktoren einerseits in den Nachkriegsjahren, im Gegensatz zur Stagnation der Zwischenkriegszeit, eine neue, unerwartet starke Wachstumsphase in den Industrieländern ermöglichten, und welche Faktoren andrerseits heute zu einem erneuten Stopp der wirtschaftlichen Expansion geführt haben.
Unter den Faktoren der Expansion ist zunächst einmal das Verhalten der USA als führender kapitalistischer Siegermacht des Zweiten Weltkrieges zu erwähnen, die – auch im Zeichen des West-Ost-Konfliktes – bemüht waren, den europäischen Industrieländern einschliesslich des besiegten Deutschlands Hilfe zum Wiederaufbau zu leisten. Die Kriegsfolgen wurden so schnell überwunden und eine neue wirtschaftliche Blüte erreicht; die kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsstrukturen blieben intakt. Westeuropa konnte nicht nur seinen Produktionsapparat erneuern, sondern bildete mit seinem Nachholbedarf auch bald wieder einen interessanten Markt, so dass der Welthandel rasch wieder in Gang kam.
Amerika übernahm als kapitalistische Vormacht auch die Aufgabe, neue Strukturen neokolonialer wirtschaftlicher Vorherrschaft in den bisherigen Kolonialgebieten zu entwickeln und militärisch abzusichern. Nach Abschluss der inneramerikanischen Expansion hatten die USA schon nach dem Ersten Weltkrieg damit begonnen, ihre Interessensphäre auszudehnen und vorerst den lateinamerikanischen «Hinterhof» sich wirtschaftlich dienstbar zu machen. Dem amerikanischen geschichtlichen Bewusstsein (als ehemalige englische Kolonie) entsprechend trat dabei nicht der Staat als Kolonialmacht auf, sondern es waren die grossen privatwirtschaftlichen Konzerne, die durch ihre Investitionen eine dominierende Rolle erlangten. Der Aussenpolitik fiel dann die Aufgabe zu, diese Auslandsanlagen politisch und notfalls militärisch abzusichern.
Diese Herrschaftsformen wurden nun in der Epoche der Dekolonisation auf die ehemaligen europäischen Kolonialgebiete übertragen, um diese auch weiterhin wirtschaftlich abhängig zu halten und ihre Rolle als Rohstofflieferanten zu sichern. Die USA übernahmen welt-

weit die Rolle einer Schutzmacht nicht nur für ihre eigenen wirtschaftlichen Interessen, sondern auch für jene ihrer westeuropäischen Partner. Ein ganzes Register von Militär-, Finanz- und Entwicklungshilfe auf der einen Seite, die Drohung mit geheimdienstlichen oder militärischen Interventionen auf der andern bildeten die Mittel dieser Politik, die jedoch mit der militanten Phase des Vietnamkrieges, der Jugendrebellion in den Industrieländern und allen seitherigen Enthüllungen immer mehr unter Beschuss geriet.
Im Gegensatz zur direkten kolonialen Ausbeutung, die kaum neue Absatzmärkte schuf, ermöglichten die verfeinerten neokolonialistischen Herrschaftsformen eine weitere Expansion des Welthandels. Durch die Schaffung von Arbeitsplätzen und Kaufkraft verhalf der Neokolonialismus einzelnen privilegierten Schichten in den abhängigen Ländern zu einer gewissen Entwicklung. Dennoch sicherten sich die multinationalen Konzerne als Investitoren einen mehrfachen Profit. Mit ihrem Kapital brachten sie die wichtigsten Wirtschaftszweige unter ihre Kontrolle, wobei sie sich vorerst einen dem angeblich hohen Risiko entsprechenden Ertrag sicherten. Durch die Verlagerung arbeitsintensiver Produktionsprozesse profitierten sie ein zweites Mal vom niedrigen Lohnniveau des Entwicklungslandes, und ein drittes Mal schöpften sie ihren Gewinn aus dem Absatz billiger Massenprodukte.
So ergab sich trotz der relativen Verbesserungen für einzelne Schichten der abhängigen Länder insgesamt eine ständige Verschlechterung der Stellung der armen Länder gegenüber den Industrienationen. Beim Austausch ihrer Rohstoffe und Nahrungsmittel gegen industrielle Investitionsgüter blieben sie so stark benachteiligt, dass ihre Verschuldung ständig wachsende Ausmasse annahm. Trotz aller Finanz- und Entwicklungshilfe übersteigt der Rückfluss an Zinsen und Gewinnen aus der Dritten Welt nach wie vor die Investitionen und Beiträge der Industrieländer. Diese weitere Verschärfung der globalen Gegensätze löste einen wachsenden politischen Gegendruck der Entwicklungsländer aus, der schliesslich zum wichtigsten Faktor für den gegenwärtigen Stopp der Expansion wurde.
Neben dem raschen Wiederaufbau Europas und dem Neokolonialismus wären noch weitere Faktoren anzuführen, welche die Expansion der Nachkriegszeit begünstigten. Dazu gehören einerseits die zunehmende Bedeutung des staatlichen Wirtschaftssektors und andrerseits die Mechanismen der Werbung, der Weckung künstlicher Bedürfnisse und der bewussten Begrenzung der Lebensdauer vieler Güter in der kapitalistischen «Überflusswirtschaft». Begnügen wir uns an dieser Stelle mit dem Hinweis auf die Rolle des «militärisch-industriellen Komplexes», der vor allem von Grossmächten USA und Sowjetunion, in kleinerem Umfange auch von den übrigen Industriestaaten aufgebaut wurde. Im Zeichen des «Kalten Krieges»

gingen die Grossmächte dazu über, eine ständige grössere Wehrwirtschaft auch im Frieden zu unterhalten. Trotzdem blieb der Anteil der Militärausgaben am Sozialprodukt in den USA relativ gering, bis Ende der fünfziger Jahre die ersten sowjetischen Sputniks den Wettlauf um die Eroberung des Weltraumes auslösten.
In diesen Wettlauf wurden in den letzten zwanzig Jahren von den USA und der Sowjetunion enorme Summen investiert, die nicht nur als eine Abschöpfung überschüssiger Produktivkräfte verstanden werden dürfen, sondern die ihrerseits eine grosse expansive Wirkung hatten. Dabei ist nicht nur an die direkten Auswirkungen durch die Schaffung völlig neuer Industriezweige zu denken, sondern auch an die indirekten Auswirkungen, die sich aus dem mit aller Kraft vorangetriebenen wissenschaftlich-technischen Fortschritt ergeben. Die Atom- und Raketengrossmächte beherrschten die Welt nicht nur militärisch, sondern sie vergrösserten auch ihren wirtschaftlichen Vorsprung durch ihr Monopol in der Auswertung einer ganzen Generation neuer technologischer Erkenntnisse.

Eine grundsätzliche Krise des quantitativen Wachstums

Trotz der beeindruckenden Erfolge, die den Glauben an die totale Machbarkeit durch den wissenschaftlich-technischen Fortschritt bestärkten, wurden gerade während der ungestümen Entwicklungsperiode der sechziger Jahre die ersten Anzeichen der Krise sichtbar. Die Eroberung des Weltraumes zeigte noch drastischer als zuvor die ungeheuren Gegensätze einer Welt auf, die sich zwar als fähig erwies, unter riesigem Aufwand auf dem Mond zu landen, aber als unfähig, die sozialen Probleme auf dem eigenen Planeten zu lösen. Zudem erwiesen sich die unproduktiven Ausgaben für die militärische Rüstung, für die Mondfahrt und für den Milliarden verschlingenden Vietnamkrieg zusammen schliesslich sogar für die USA als reichstes Land der Welt zu gross. Sowohl das Engagement in Vietnam wie die Mondflüge mussten zu einem Abschluss gebracht werden, und auch so verlor der Dollar seine Stellung als kapitalistische Leitwährung.
Aber auch in der zivilen Wirtschaft erhob sich zunehmende Kritik gegen die Auswüchse, zu denen das profitorientierte Wachstum geführt hatte. Amerikanische Ökonomen und Gesellschaftskritiker wiesen nach, dass die grossen Konzerne die menschlichen Bedürfnisse manipulierten und für immer neue Produkte künstlich neue Bedürfnisse weckten, während sie andrerseits bei nahezu gesättigten Märkten, zum Beispiel in der Automobilproduktion, durch eine geplante kürzere Lebensdauer der Produkte einen hohen Ersatzbedarf schufen. Diese «Gesellschaft des Überflusses» diente zwar den Interessen der Konzerne, hatte aber im internationalen Rahmen die Verschwendung eines grossen Teils der Weltressourcen an Rohstoffen und Energie zugunsten der reichen kapitalistischen

Industrienationen zur Folge. Zudem wurde der dadurch erreichte materielle Lebensstandard immer mehr Menschen in den Industrieländern selbst suspekt, die erkannten, dass die privatwirtschaftliche Gewinnsteigerung mit einer Zerstörung der natürlichen Umwelt, mit einer sinkenden Lebensqualität für die breiten Massen verbunden ist. Schliesslich wiesen die in den letzten Jahren veröffentlichten Studien von Wissenschaftern über die «Grenzen des Wachstums» eindeutig nach, dass das exponentielle Wachstum des industriellen Zeitalters, wenn man die heutigen Trends in die Zukunft verlängert, schon binnen weniger Jahrzehnte zu katastrophalen Folgen führen muss. Wichtige Rohstoffe werden sich noch in diesem Jahrhundert erschöpfen, die Umweltverschmutzung ein bedrohliches Ausmass annehmen, und zugleich werden sich die Bevölkerungs-, Ernährungs- und Beschäftigungsprobleme der Dritten Welt noch weiter verschärfen. Die Thesen dieser Untersuchungen lassen sich in einem Satz dahin zusammenfassen, man müsse unsere Weltwirtschaft als eine «Raumschiffökonomie» betrachten, das heisst, als ein in sich geschlossenes System mit begrenzten Ressourcen. Daher muss der Verschwendungswirtschaft ein Ende gesetzt werden und es sind wirtschaftliche Kreisläufe anzustreben, die eine möglichst weitgehende Wiederverwertung verbrauchter Rohstoffe ermöglichen. All dies gilt natürlich auch für die kommunistisch gelenkten Industrieländer. Auch wenn dort gewisse Auswüchse der Überflussgesellschaft nicht auftraten, so sind doch die grundsätzlichen qualitativen Wachstumsprobleme dieselben. Bei den meisten knappen Rohstoffen steht übrigens die Sowjetunion hinter den USA an zweiter Stelle unter den Verbrauchern, was ihre Mitverantwortung dokumentiert.

Alle bisher genannten Faktoren mussten früher oder später dazu führen, dass die ungelösten Probleme des gesteigerten quantitativen Wachstums (begrenzte Ressourcen, Umweltzerstörung) in qualitativ neue Probleme umschlagen. Zum Katalysator der Krise wurden schliesslich die Entwicklungsländer, die nicht länger blosse Objekte der Expansion bleiben wollten, sondern ihre politische Unabhängigkeit zum Zusammenschluss und zur gemeinsamen Forderung nach einem gerechteren Anteil an der Weltwirtschaft ausnutzten. Die Erdölkrise ist kein isoliertes Ereignis, sondern ein Markstein in einer neuen Periode, in welcher die Entwicklungsländer eine schonendere, langfristiger geplante Ausbeutung und eine bessere Bezahlung ihrer Rohstoffe verlangen. Dem Vorgehen der Erdölländer werden zweifellos weitere Schritte anderer Urproduzenten folgen, wenn nicht heute, so doch in absehbarer, naher Zukunft. Es ist nicht zu übersehen, dass sich die Nationen der Dritten Welt in allen internationalen Gremien und Konferenzen in diesen Fragen zu einem Block zusammengeschlossen haben, der eine eigenständige weltpolitische Handlungsfähigkeit erlangt hat.

Neue wirtschaftliche Zielsetzungen sind notwendig

Die westlichen und östlichen Industrieländer haben in ihrer Auseinandersetzung mit der Dritten Welt zwei grundsätzliche Alternativen: Verteidigung ihrer Vorherrschaft und offene Konfrontation einerseits, den Übergang zu einer neuen Weltwirtschaftsordnung mit einem ausgeglicheneren Kräfteverhältnis andrerseits. Vom Vorgehen in diesem Problemkreis wird es auch abhängen, ob die gegenwärtige Krise in einer dauerhaften Form überwunden werden kann oder ob es zu neuen, unberechenbaren und schlimmeren Ausbrüchen kommen wird. Für die Arbeiterschaft in den Industrieländern müssen dabei die historischen Lehren der Zwischenkriegszeit wegleitend sein: wenn die dem Wachstumsstop zugrunde liegenden Probleme nicht gelöst werden, führt dies nicht nur zu neuen wirtschaftlichen Krisen, sondern auch zu einer machtpolitischen Verhärtung, die diktatorische Tendenzen und Regimes begünstigt. Der Umsturz in Chile ist nur das eklatanteste Beispiel dafür, wie die imperialistische Herrschaft in Zeiten der Bedrängnis in den Faschismus umschlägt. Gleichzeitig verengt sich in solchen historischen Phasen auch im Innern der in ihrer Vorherrschaft bedrohten Länder der Meinungsspielraum, nehmen repressive Tendenzen zu. Es geht somit auch um die Verteidigung der politischen Demokratie, deren Existenz in den westlichen Industrienationen im Falle einer gewaltsamen weltpolitischen Konfrontation auf dem Spiele steht.
Sollen aber die tieferen Ursachen der Krise behoben werden, soll ein neues weltwirtschaftliches Gleichgewicht herbeigeführt werden, dann braucht es dazu ein globales Umdenken. Dazu sind neue wirtschaftliche Zielsetzungen notwendig, die nicht mehr an einem rein quantitativen Wachstum, sondern an einem qualitativen Wachstum zugunsten der persönlichen Entfaltung des einzelnen Menschen orientiert sind. Der Begriff der «Lebensqualität» rückt damit ins Zentrum, der auch jene Lebensbereiche einbezieht, die in der kapitalistischen (und auch staatskapitalistischen) Rechnung als «ausserökonomische Faktoren» nicht berücksichtigt werden: die Qualität der natürlichen Umwelt; der Anspruch auf eine humanere, sinnerfüllte Arbeitswelt; eine über die beruflichen Notwendigkeiten hinausgehende lebenslange Weiterbildung und die dafür notwendige grössere Freizeit. Die Forderungen nach Mitbestimmung, Bildungsurlaub und Arbeitszeitverkürzung bilden Ansätze auf dem Weg zu neuen Zielen, zu einem neuen Geist des Wirtschaftens in den industrialisierten Ländern.
Wir sind gegenwärtig Zeugen einer neuen «Umwertung der Werte», wie sie sich bereits in der ebenso tiefreichenden Umbruchperiode nach dem Ersten Weltkrieg vollzog. Diesmal waren es die Kolonialkriege in Algerien und Vietnam, welche als Katalysator wirkten – einerseits für die Massen in den Entwicklungsländern, die ihre

Stärke auch gegenüber einem militärisch überlegenen Gegner erkannten, andrerseits für die Jugend und die fortschrittlich denkenden Schichten in den Industrieländern. Die Jugendrebellion der späten sechziger Jahre war mehr als ein Aufbegehren. Sie beschleunigte das Umdenken in jener Generation, die in den kommenden Jahren mehr und mehr entscheiden wird. Sie verstärkte andrerseits die Unsicherheit, die in breiten Schichten in den Industrieländern durch den Zerfall der alten Wertordnung ausgelöst wurde, sowie die repressiven Tendenzen der herrschenden Schichten.
In dieser Umbruchsituation besteht die Aufgabe der Gewerkschaften in den industrialisierten Ländern darin, die gegenwärtige Krise nicht als ein rein ökonomisches und konjunkturpolitisches Thema zu betrachten, um lediglich mit Palliativmitteln die Symptome zu bekämpfen. Vielmehr sollten sie die bisher erkennbare Krise als Teil eines umfassenden historischen Prozesses interpretieren und zum Anlass nehmen, um den in Gang befindlichen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Transformationsprozess aktiv zu beeinflussen. Die Gewerkschaften müssen die Träger jenes neuen Geistes des Wirtschaftens sein, der notwendig ist, um die tieferen Ursachen der Krise zu überwinden – einen Geist, der im wesentlichen nicht mehr kapitalistisch, sondern sozialistisch und demokratisch sein muss, der sich nicht mehr die dauernde Expansion, sondern die Schaffung des dringend notwendigen globalen Gleichgewichtes zum Hauptziel setzt. Nur auf dieser Grundlage wird es ihnen gelingen, mehr als nur kurzfristige Feuerwehrübungen zur Abwehr der Krisenfolgen durchzuführen, sondern aus der gegenwärtigen wirtschaftlichen, politischen und geistigen Umbruchperiode gestärkt hervorzugehen.